

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	11
Militärausgaben	13
Lokale Rüstungsindustrie	15
Streitkräftestruktur	15
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	23
Polizei und andere Sicherheitskräfte	24

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	25
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	25
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	26
Innere Lage im Empfängerland	29
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	32
Bedrohung von Alliierten	34
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	35
Unerlaubte Wiederausfuhr	38
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	39

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Thailand

Thailand war lange Jahre ein wichtiger Abnehmer deutscher Rüstungswaren, gemessen an den Genehmigungen nach Außenwirtschaftsgesetz. Geliefert wurden vor allem Kleinwaffen (1999) und im Jahre 2000 Kampfflugzeuge, ehemals von der Bundeswehr benutzte *Alpha Jets*. Die Lieferungen eines U-Boot Simulators deutete darauf hin, dass sich das Land auf die Anschaffung von U-Booten vorbereitet. Deutlich wurde dies auch aus den deutschen Lieferungen zur Unterstützung der allgemeinen Modernisierungsbemühungen. Inzwischen hat sich jedoch herauskristallisiert, dass die thailändische Regierung kein Interesse mehr am Kauf deutscher U-Boote hat. Jüngste Exporte Deutschlands nach Thailand umfassen u. a. Dieselmotoren, Luft-Luft-Raketen und leichte Hubschrauber. 2020 hat die deutsche Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von insgesamt rund 11,58 Mio. Euro genehmigt; gleichzeitig wurden zahlreiche Ausfuhren von Rüstungsgütern mit Verweis auf die nationale Politik sowie einen möglichen Verstoß gegen die Kriterien 1 (Einhaltung internationaler Verpflichtungen), 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes), 3 (innere Lage im Empfängerland), 4 (Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region) und 7 (Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr) des Gemeinsamen Standpunktes der EU abgelehnt.

Mit den USA sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Geschäfte über den Kauf von Helikoptern abgeschlossen worden, so unter anderem einige Blackhawk UH-60L Mehrzweckhubschrauber und bis zu 16 leichte Helikopter des Typs Th-28/480. Die USA lieferten 2017 außerdem zwei Saab-340 Transportflugzeuge. Daneben hat Thailand mit Schweden im Jahr 2010 einen Vertrag im Wert von 320 Millionen US-Dollar über den Kauf von sechs Gripen Kampfflugzeugen abgeschlossen, wodurch Schweden zum wichtigsten Lieferanten für das Land aufstieg. Im September 2013 erhielt das Land die letzten drei der insgesamt zwölf Kampfflugzeuge. Zwischen 2017 und 2021 waren Südkorea und China, gefolgt von der Ukraine und den USA Thailands wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen.

Die Streitkräfte Thailands gehören zu den stärksten Streitkräften der Region. Sie sind eher auf die Verteidigung beziehungsweise auf den Einsatz im Land selber als auf eine offensive Rolle ausgerichtet. Dies hat auch seine historischen Gründe: Thailand hat in den vergangenen Jahrzehnten Grenzkonflikte mit Myanmar, Laos und Kambodscha gehabt, im Inland hingegen wurden die Streitkräfte im Kampf gegen kommunistische Guerillabewegungen eingesetzt. Das Heer ist vergleichsweise leicht ausgerüstet und auf Mobilität ausgelegt. Auffällig ist vor allem die hohe Zahl von Transport- und Verbindungsflugzeugen, vor allem Hubschraubern, sowie leichten Infanteriefahrzeugen meist älterer Bauart. Die thailändische Marine ist quantitativ und teilweise auch qualitativ sehr gut mit Waffensystemen ausgerüstet. Die Marine hat, zusammen mit der Luftwaffe, seit den 1980er Jahren an Bedeutung gewonnen, seitdem die Militärdoktrin zunehmend auf die Verteidigung der industriellen Zonen in den östlichen und südlichen Küstenregionen abzielt. Zunehmend können allerdings mit den zuletzt beschafften Kriegsschiffen auch küstenferne Operationen ausgeführt werden. Das Fluggerät der thailändischen Luftwaffe spiegelt teilweise

noch ihre Anti-Guerilla-Rolle aus den 1960er und 1970er Jahren wider, als sie gegen kommunistischen Guerilla eingesetzt wurde. Das Fluggerät ist größtenteils US-amerikanischer Bauart und zum Teil veraltet. Da das Militär nicht in der Lage war, dauerhaft landesweit zu operieren, fiel den paramilitärischen Einheiten die Aufgabe zu, in den Unruheprovinzen während des Guerilla-Aufstandes in der Vergangenheit Präsenz zu zeigen und gegen kommunistische Guerillas vorzugehen.

Das Militär hat auch eine sehr stark ausgeprägte gesellschaftliche und politische Rolle. Diese interne Rolle der Streitkräfte ist in der Verfassung verankert, in der sie als „Beschützer der Nation, des Königshauses und der Religion“ bezeichnet werden. Erschienen der Militärführung Parlament und politische Parteien als zu schwach oder zu korrupt oder galten die Einheit des Landes und die Monarchie gefährdet, schritten wiederholt die Militärs ein. Sowohl im Mai 2014 als auch im September 2006 hat die thailändische Militärführung – im Anschluss an eine durch Militärputsche geprägte Geschichte – erneut in Staatsstreichen die Regierung abgesetzt und das Kriegsrecht ausgerufen. Dies steht allerdings entgegen einer seit den 1990er Jahren einsetzenden Einschränkung der einflussreichen Rolle des Militärs und ist weniger auf die Machtgier der Militärführung als auf die instabilen politischen Verhältnisse im Land zurückzuführen. Durch die aktive Einflussnahme auf die Politik hält das Militär jedoch seine Bedeutung für das politische Geschehen aufrecht. Vor dem Hintergrund der sich seit 2006 bis heute wiederholenden Unruhen und Gewaltausbrüche im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen „Gelbhemden“ und „Rothemden“ griff das Militär mehrfach massiv ein. So brachen in Thailand im November 2013 politische Unruhen aus. Anfang Mai 2014 enthob das Verfassungsgericht Premierministerin Yingluck Shinawatra mit der Begründung des Machtmissbrauchs ihres Amtes. Nachdem Versöhnungsgespräche zwischen Vertreter:innen beider Seiten scheiterten und das Kriegsrecht verhängt wurde, übernahm das Militär am 22. Mai 2014 die Macht und General Prayuth Chan-ocha das Amt des Regierungschefs als Vorsitzender des Rates für nationalen Frieden und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, es galt ein Versammlungsverbot sowie eine nächtliche Ausgangssperre. Das Militär gab an, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Ordnung wiederhergestellt und Reformen eingeleitet würden.

Darüber hinaus sind Ex-Militärs in der Wirtschaft des Landes prominent vertreten. Aufgrund von Verwicklungen in Korruption und illegale Geschäfte genießen die thailändischen Sicherheitskräfte allerdings einen durchaus zweifelhaften Ruf. Nachdem sich das thailändische Militär durch seinen Einsatz in Ost-Timor auch international profiliert hat – ein Kommandeur der militärischen Komponente der UNTAET-Mission war der thailändische Generalleutnant Winai Phattiyakul, der auch das Kommando über die Nachfolge-Mission UNMISSET hat –, hat Thailand die Teilnahme an UN-Blauhelmeinsätzen erhöht. Die kanadische Regierung hat Überlegungen angestellt, ein regionales Trainingszentrum für Blauhelme in Thailand zu errichten.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Thailand ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, unter anderem der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983. Begründet wird dies mit der unsicheren Lage in der Region, in der es möglicherweise Staaten gäbe, die über

solche Waffen verfügen (VR China, Myanmar). Thailand hat als erstes Land Südostasiens die IstGh-Konvention unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. Interessanterweise hat das Land die Völkermord-Konvention von 1948 nicht unterschrieben. Das Land ist in letzten Jahren einigen wichtigen internationalen Verträgen im Bereich der Menschenrechte beigetreten.

Die thailändischen Sicherheitskräfte sehen sich mit dem ernsthaften Problem konfrontiert, dass einigen Angehörigen die Verwicklung in illegale Machenschaften nachgesagt wird. Das Ausmaß dessen erstreckt sich soweit, dass von einer endemischen Korruptionskultur die Rede sein kann. Mitglieder der Sicherheitskräfte sind am Waffen-, Drogen-, Tropenholz- und Menschensmuggel beteiligt und wirtschaftlich auch in zwielichtigen Bereichen aktiv, sodass sie oftmals über enge Verbindungen zur Unterwelt verfügen.

Im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen politischen Lagern der „Gelbhemden“ und „Blauhemden“, die das politische Geschehen seit 2006 beeinflussen, spielt das Militär in dem politischen Geschehen eine intensive Rolle. Die Sicherheitskräfte griffen in den vergangenen Jahren regelmäßig in die Unruhen ein, im Mai 2014 kam es zum Putsch und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Militär. In Folge auf die nur sehr begrenzt freien Parlamentswahlen 2019 formierte sich 2020 eine Protestbewegung in Thailand, die u. a. Neuwahlen und eine Reform der Verfassung fordert. Die Regierung hat dies mit Repressalien beantwortet und Demonstrationen durch die Polizei gewaltsam niederschlagen lassen. Etliche Demonstrierende wurden inhaftiert und erwarten lange Haftstrafen. Andere Probleme sind Übergriffe und Zwangsrepatriierung myanmarischer Geflüchteter seitens Militärpersonals, außergerichtliche Hinrichtungen, entweder direkt durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder von ihnen unterstützte „Todeschwadronen“, sowie Übergriffe auf Häftlinge. Die Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption und Menschenhandel unter Kontrolle zu bringen, werden u. a. dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind.

Sowohl die inneren als auch die äußeren Konflikte haben mit dem Ende der kommunistischen Guerillabewegung und dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges abgenommen. Es gibt jedoch anhaltende Spannungen im islamisch geprägten Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia und im thailändisch-myanmarischen Grenzgebiet. Von Zeit zu Zeit kommt es zu Gefechten zwischen thailändischen und myanmarischen Einheiten. Im Herbst 2008 sowie im Frühjahr 2011 verschärfen sich die Konflikte an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha um den Vihear Preah Tempel, nachdem die UNESCO die Region zum Weltkulturerbe erklärt hatte. Nach der erneuten Eskalation im Frühjahr 2011, bei der auf beiden Seiten Soldat:innen ums Leben kamen, scheint vorerst eine Einigung zwischen beiden Staaten gefunden worden zu sein. Nach dem 11. September sind mehrere Länder Südostasiens unter Druck geraten, energischer gegen mutmaßliche Terrorist:innen vorzugehen. Auch auf Thailand wurde diesbezüglich politischer Druck ausgeübt. Als Folge dieser Forderungen haben zehn ASEAN-Staaten, unter anderem Thailand, im August 2002 einen Anti-Terror-Pakt mit den USA beschlossen, um ein Kooperationsnetzwerk im Kampf gegen Terrorismus zu bilden. Das Land hat einen gewissen Ruf als einfaches Einreiseland und als einer der größten Umschlagsplätze für Kleinwaffen in der Region. Dies ist in der Vergangenheit von mehreren bewaffneten Organisationen, die international als terroristisch gelten (z. B. die LTTE), ausgenutzt worden. Ebenso wie die genannten bewaffneten Gruppen haben auch internationale kriminelle Organisationen

die relativ einfache Verfügbarkeit von Waffen, die einfache Einreise und die Korruptierbarkeit seitens der Sicherheitskräfte zu ihren Gunsten genutzt. Durch seine Lage im „Goldenen Dreieck“ und durch die große Anzahl an Reisenden aus Europa und Nordamerika ist Thailand auch für den internationalen Drogenhandel interessant.

In Thailand ist nur begrenzt die Gefahr gegeben, dass die Militärausgaben und Rüstungsimporte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen. Die Militärausgaben (gemessen am BIP) sind zwischen 2009 und 2019 relativ stabil geblieben.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen: 37,4% Unterkalibrige Übungspatronen: 15,8% Teile für Kriegsschiffe: 11,1% Teile für Fluggeräte: 11% Teile für Feuerleitsysteme: 6,8%	1,07
2000	Trainings- und Kampfflugzeuge, Teile für militärische Luftfahrzeuge: 95,1%	38,90
2001	Maschinenkanonen und -teile: 38%; Gewehre und Karabiner: 28,9% Teile für Unterwasserortungsgeräte, Kreiselkompassanlagen und Sonaranlagen: 7% Teile für Panzer-, Schießausbildungs- und Gefechtssimulatoren: 7,1% Trainings- und Kampfflugzeuge, Teile für militärische Luftfahrzeuge: 95,1%	6,23
2002	Schiffs-Navigationsausrüstungen, Teile für Fregatten, Unterwasserortungsgeräte: 37,9% Gewehre und Karabiner (einschließlich Kriegswaffen), Revolver, Pistolen, Maschinenpistole, Schalldämpfer, Lafetten, Waffenzielgeräte, Teile für Maschinengewehre: 25,4% Kommunikationssysteme: 11,5% Munition für Kanonen, Teile für Maschinengewehrmunition: 10,6%	5,1
2003	Feuerleiteinrichtungen für Patrouillenboote und Nachtzielgeräte: 66,1% Software für Führungs- und Waffeneinsatzsysteme / Simulations- und Ausbildungsausrüstung: 13,6% Bodenausrüstung und Teile für Trainingsflugzeuge und Transporthubschrauber: 7,2%	31,2
2004	Bodenausrüstung und Teile für Trainingsflugzeuge, Zieldarstellungsdrohnen: 35,2%; Gewehre, Revolver, Pistolen, Maschinenpistolen, Jagdgewehre und Teile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Maschinenpistolen, Maschinengewehre: 22,8% Navigationssysteme und Teile für Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 20,6% Funkgeräte, Frequenzumformer und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 12,2%	3,11
2005	Kommunikationsausrüstung, Hinderniswarnsysteme, Navigationssysteme, Prüfausrüstung, statischer Umrichter und Teile für Kommunikationsausrüstung, statischer Umrichter: 51% Teile für Trainingsflugzeuge, Hubschrauber, Zieldarstellungsdrohnen, Triebwerke, Bordausrüstung: 22,8% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 14,8%	9,50

LÄNDERBERICHT \ THAILAND

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2006	Schiffsbrückensimulator und Schieß- und Gefechtssimulator: 82,9%	17,88
2007	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Kreiselkompasssysteme, Radaranlagen, Frequenzumformer: 51,2% Panzerstahlbleche, Körperschutzwesten und Einschübe für Körperschutzwesten: 19% LKW und Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 12,4%	7,25
2008	U-Boot Simulator: 52,1%; Teile für Trainingsflugzeuge: 18,7% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Radaranlagen, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, statische Inverter: 17,9%	27,47
2009	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhre und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Frequenzumformer: 48,4% Teile für Unterwasserortungsgeräte: 31,6% Panzerplatten, Panzeranzüge, Schutzausrüstung und Teile für Schutzanzüge: 8%	13,42
2010	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Hinderniswarnsysteme und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungssysteme, Stromversorgungen: 45,3% Hubschraubertriebwerke und Teile für Trainingsflugzeuge, Zieldarstellungsdrohnen, Bodendienstgeräte, Atemgeräte: 41,3%	13,03
2011	Flugkörper, Pyrotechnische Munition, Handhabungsgeräte und Teile für Flugkörper: 44,7% Hubschraubertriebwerke und Teile für Trainingsflugzeuge, Atemgeräte: 25,6% Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 12,9%	9,33
2012	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 45,3% Flugkörper, pyrotechnische Munition, Seeminenräumungsausrüstung und Teile für Flugkörper, Bodengeräte: 40,9%	11,37
2013	Sonarsysteme und Teile für Unterwasserortungsgeräte: 40,8% Flugsimulator und U-Boot-Simulator: 29,9% Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Kathodenstrahlröhre und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Prüfausrüstung: 12,6%	32,5
2014	Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	19,21
2015	Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar, Prüfausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bodenüberwachungsradar: 48,1% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 39%	26,89
2016	Hubschrauber, Bodendienstgeräte und Teile für Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber: 76,7%	74,45

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 16,5%	
2017	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 74,4% Teile für Kampfflugzeuge und Hubschrauber: 8,5%	12,64
2018	Marine Trainings Simulator und Teile für Marine Trainings Simulator: 45,7% Übungsflugkörper und Teile für Flugkörper, Bodengeräte für Flugkörper, Torpedoabwehrsystem, Flugkörperabwehrsystem für Luftfahrzeuge: 33,8% Kommunikationsausrüstung, Kathodenstrahlröhren, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 14,1%	17,08
2019	Flugkörper, pyrotechnische Munition, Bodengeräte für Flugkörper und Teile für Flugkörper, Seeminenräumausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 90,0%	53,38
2020	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 69,8% Munition für Kanonen, Flinten und Nebeltarnmunition: 17,4%	11,58

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

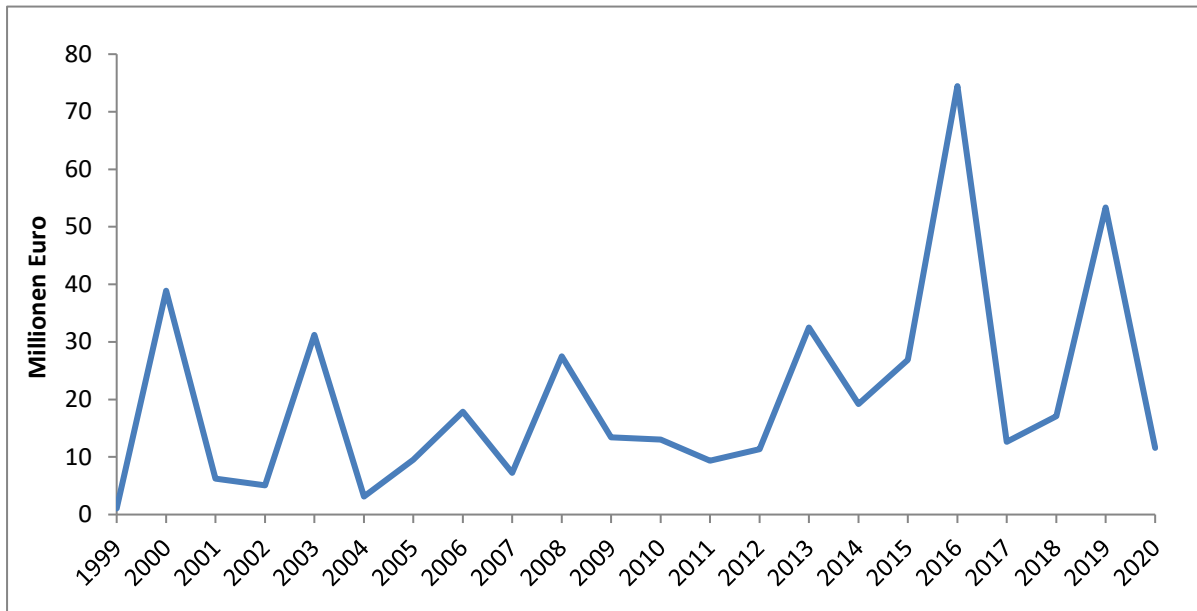


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Thailand 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
20	Alpha Jet	Jagdbomber/ Trainingsflugzeug	1999	2000-2001	20	Gebraucht, aber modernisiert vor Lieferung; Geschäft über 35 Mio. US-Dollar; 5 weitere für Ersatzteile geliefert
1	Do-228-200MP	Seefernaufklärer	(2003)	2004	1	Wahrscheinlich gebrauchtes Do-228 Transportflugzeug, das zu Seefernaufklärer umgebaut wurde; Geschäft über 300 Mio. Thai Baht
(102)	6R-106 TD21	Dieselmotor	2009	2010-2012	(102)	Für 102 BTR-3E1 Schützenpanzer aus der Ukraine
2	MAN-28/33	Dieselmotor	2009	2013	2	Für 1 BVT-90 (Krabi) Patrouillenboot aus Großbritannien
(40)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	2010	2012-2013	(40)	Für JAS-39 Kampfflugzeuge
(121)	6R-106 TD21	Dieselmotor	2011	2012-2016	(121)	Für 121 BTR-3E1 Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter aus der Ukraine
(21)	6R-121 TD21	Dieselmotor	2013	2016-2017	(21)	Für 21 BTR-3 Schützenpanzer aus der Ukraine

LÄNDERBERICHT \ THAILAND

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
1	ACTAS	ASW Sonargerät	2013	2018	1	Für 1 DW-3000 Fregatte aus Südkorea
1	ASO-712	ASW Sonargerät	2013	2018	1	Für 1 DW-3000 Fregatte aus Südkorea
6	EC145	Leichter Helikopter	2013	2015	6	Geschäft über 33 Mio. US-Dollar; UH-72A Version; bestellt über die USA aus US-amerikanischer Produktionslinie
5	EC145	Leichter Helikopter	2014	2016	5	H145M Version
(100)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	(2014)	2015-2017	(100)	Für das F-16 Kampfflugzeug
6	EC145	Leichter Helikopter	2015	2016	(6)	EC145T2 Version; inkl. Transport
2	MAN-28/33	Dieselmotor	2016	2019	2	Für 1 BVT-90 (Krabi) Patrouillenboot aus GB
(2)	TRML-3D	Luftraumsuchradar	2016	2018-2019	2	Für die Nutzung mit MICA-VL Luftabwehrsystem
(42)	IRIS-T	Luft-Luft-Rakete	2018	2018-2019	(42)	Für das F-5E Kampfflugzeug
6	EC135	Leichter Helikopter	2020	2021	(6)	H135 Version; Lieferung bis Ende 2021 geplant
1	TRML-3D	Luftraumsuchradar	2020			Lieferung bis Ende 2022 geplant

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Thailand war lange ein wichtiger Abnehmer deutscher Rüstungswaren, gemessen an den Genehmigungen nach Außenwirtschaftsgesetz. Geliefert wurden vor allem Kleinwaffen (1999) und im Jahre 2000 Kampfflugzeuge, ehemals von der Bundeswehr benutzte *Alpha Jets*. In der Vergangenheit lieferte Deutschland auch Patrouillenflugzeuge des Typs

Do-228 an die Marine. Die Lieferungen dieser Waffensysteme und dazugehörigen Materials (z. B. Ersatzteile) wurde in den darauffolgenden Jahren fortgesetzt. Die indirekten Lieferungen sowie die Lieferungen von Bauteilen werden bei den internationalen Quellen (SIPRI, US-Regierung) nicht miterfasst. Die Lieferungen eines U-Boot-Simulators deutete darauf hin, dass sich das Land auf die Anschaffung von U-Booten vorbereitet. Deutlich wurde dies auch aus den deutschen Lieferungen zur Unterstützung der allgemeinen Modernisierungsbemühungen, zu einer Bestellung kam es bisher aber nicht.

In den vergangenen Jahren sind verstärkt Navigations- und Kommunikationstechnologie für die Marine geliefert worden; 2015 und 2016 aber insbesondere Hubschrauber (darunter sechs leichte EC145 Hubschrauber) und Bodendienstgeräte. Zudem genehmigte die Bundesregierung 2016 den Export von zwei Dieselmotoren für ein BVT-90 Patrouillenboot aus Großbritannien. 2018 genehmigte Deutschland den Export von 42 IRIS-T Raketen für die F-5E Kampfflugzeuge der thailändischen Luftwaffe. Bis Ende 2019 wurden alle Luft-Luft-Lenkraketen ausgeliefert. 2019 bestellte Thailand vier deutsche Dieselmotoren vom Typ 6R-106-TD21; 2020 orderte Thailand sechs leichte Hubschrauber vom Typ EC135 (welche 2021 geliefert wurden) sowie einen Luftraumsuchradar. 2020 hat die Bundesregierung 32 Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt rund 11,58 Mio. Euro nach Thailand genehmigt. Im selben Jahr hat sie gleichzeitig sieben Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt circa 1,66 Mio. Euro abgelehnt. Hierbei verweist der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung auf die nationale Politik sowie einen möglichen Verstoß gegen die Kriterien 1 (Einhaltung internationaler Verpflichtungen), 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes), 3 (innere Lage im Empfängerland), 4 (Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region) und 7 (Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr) des Gemeinsamen Standpunktes der EU.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Thailand 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	322	628	291	154	136	1531

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Thailand 2017-2021, Mio. USD

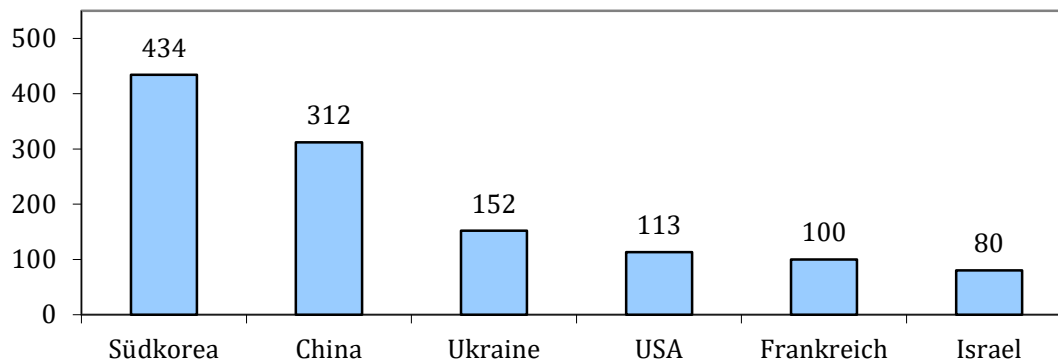
Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	8	32	18	-	14	71

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Thailand zwischen 2017 und 2021 die 23. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland als Waffenlieferant für Thailand war bis zur Jahrtausendwende eher gering und konzentrierte sich größtenteils auf Kleinwaffen, wobei es auch zur Genehmigung der Lizenzproduktion von Kleinwaffen kam. Geliefert wurden in der Vergangenheit jedoch auch Kriegsschiffe. 2016 wurde bekannt, dass bis Ende 2017 vier Skyguard Flugabwehrsysteme durch Rheinmetall geliefert werden sollten. So gehört Deutschland mittlerweile zu den sieben größten Rüstungslieferanten nach Thailand. Zu den deutschen Lieferungen der letzten fünf Jahre gehören außerdem leichte Hubschrauber, Dieselmotoren, Luftraumsuchradare, Luft-Luft-Raketen und Sonargeräte zur U-Boot-Abwehr.

Wichtigster Lieferant waren lange die USA. Mit den USA sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Geschäfte über den Kauf von Helikoptern abgeschlossen worden, so u. a. acht Blackhawk UH-60L und -60A Mehrzweckhubschrauber und bis zu 16 leichte Helikopter des Typs Th-28/480. 2020 orderte Thailand aus den USA u. a. zwei leichte Transportflugzeuge vom Typ Cessna-208 Caravan, acht Seezielflugkörper (Harpoon Block-2), etwa 70 gepanzerte Personentransporter (Piranha-3) sowie im Jahr 2021 acht AH-6S Kampfhelikopter, acht AT-6C Erdkampfflugzeuge und drei Kodiak-100 Leichtflugzeuge.

Die Ukraine gehört nach China und Südkorea zu den wichtigsten Rüstungsexporteurern für Thailand. Im Jahr 2011 bestellte die thailändische Regierung in der Ukraine 49 T-84 Kampfpanzer im Wert von 240 Mio. US-Dollar, die ab 2013 ausgeliefert werden sollten. Aufgrund des Konfliktes im Osten der Ukraine hatte sich die Lieferung verzögert, bis 2018 wurden jedoch alle Panzer nach Thailand geliefert. Im selben Jahr orderten die Streitkräfte ebenfalls bis zu 1.500 Panzerabwehrraketen des Typs R-2 sowie 121 gepanzerte

BTR-3U Guardian Mannschaftstransporter im Wert von 170 Mio. US-Dollar und 2013 21 BTR-3 Schützenpanzer, die bis 2017 geliefert wurden.

Am 30. Mai 2013 unterzeichnete die thailändische Regierung ein Übereinkommen mit Indien, das eine engere Zusammenarbeit der Verteidigungsindustrien beider Länder ermöglichen soll. Bereits im Vorfeld näherten sich beide Staaten durch den Austausch von Kommunikationstechnologie und der Weitergabe maritimer Informationen aneinander an. Nachdem die thailändische Regierung offensichtlich nicht mehr den Kauf deutscher U-Boote plant, konzentriert sich die Beschaffung verstärkt auf Fregatten. Dazu unterzeichnete sie am 8. August 2013 einen Vertrag mit der südkoreanischen Firma Daewoo Shipbuilding & Marine Engineering (DSME). Dieser umfasst die Beschaffung von einer multifunktional einsetzbaren Fregatte (DW-3000) im Wert von umgerechnet 466 Millionen US-Dollar. Südkorea, das SIPRI zufolge Thailands wichtigster Lieferant zwischen 2017 und 2021 war, exportierte außerdem Trainings-/Kampfflugzeuge: So wurden 2015 vier und 2017 acht T-50 Golden Eagle bestellt, die bis Ende 2020 alle ausgeliefert wurden. Zwei weitere sollen bis 2023 folgen.

Nach dem Militärputsch 2014 stockten Vereinbarungen zu Rüstungskäufen Thailands mit den USA, Kanada, Deutschland und weiteren Rüstungslieferanten, die militärische Hilfe der USA wurde zunächst gänzlich gestoppt. Grund dafür waren Bedenken bzgl. Menschenrechten und demokratischen Defiziten unter dem neuen Premierminister Prayut. Diese Entwicklungen behindern die Modernisierungspläne der thailändischen Streitkräfte noch immer und haben zur Folge, dass Thailand eine Diversifizierung seiner Rüstungslieferanten anstrebt. So orientiert sich Thailand momentan gen China, Russland, Ukraine, Israel und Schweden. In diesem Zuge wurde 2016 beispielsweise die Lieferung von 58 VT-4 Kampfpanzern beschlossen, von denen bis Ende 2019 48 ausgeliefert wurden. Die Lieferung der restlichen zehn ist bis Ende 2022 geplant. Außerdem orderte Thailand aus China ein S26T U-Boot, dessen Lieferung für 2023/24 geplant ist. In den letzten Jahren wurden außerdem weitere gepanzerte Mannschaftstransporter, Schützenpanzer, Bergepanzer, leichte Panzer sowie gepanzerte Personentransporter aus China geordert. Diese Bestellungen sind Teil eines größer angelegten Programmes zwischen China und Thailand zwecks Auswechslung von veraltetem und aufgebrauchtem Inventar.

Zudem beschlossen Indien und Thailand 2016 eine ausgeweitete Verteidigungskooperation, welche den Rüstungshandel und damit verbundene Industriezweige vereinfachen soll. Im selben Jahr wurde auch mit Japan eine verstärkte Kooperation beschlossen.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

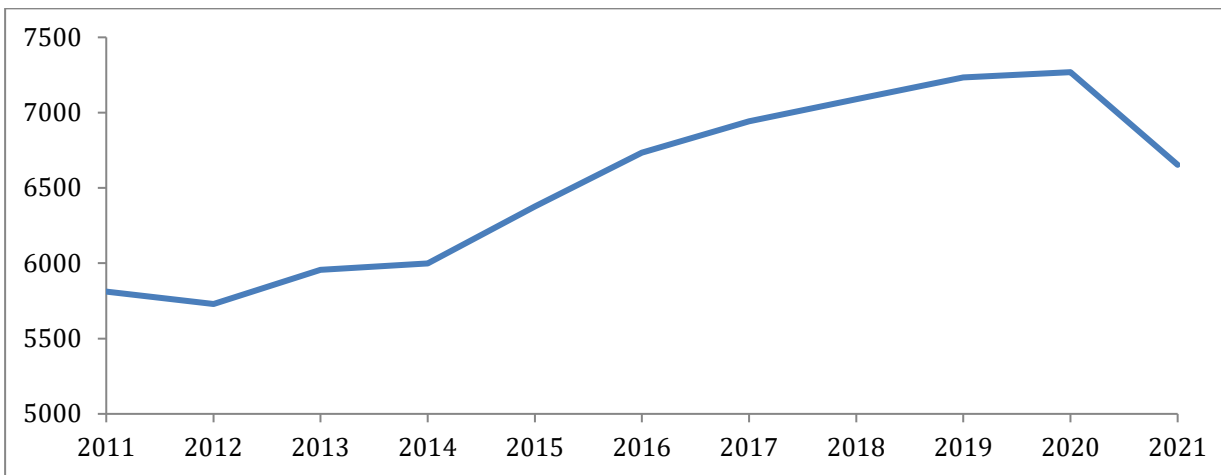
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	6942	7090	7234	7269	6654
Anteil am BIP (in Prozent)	1,4	1,4	1,4	1,5	1,3

	2017	2018	2019	2020	2021
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,6	6,4	6,2	5,7	4,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

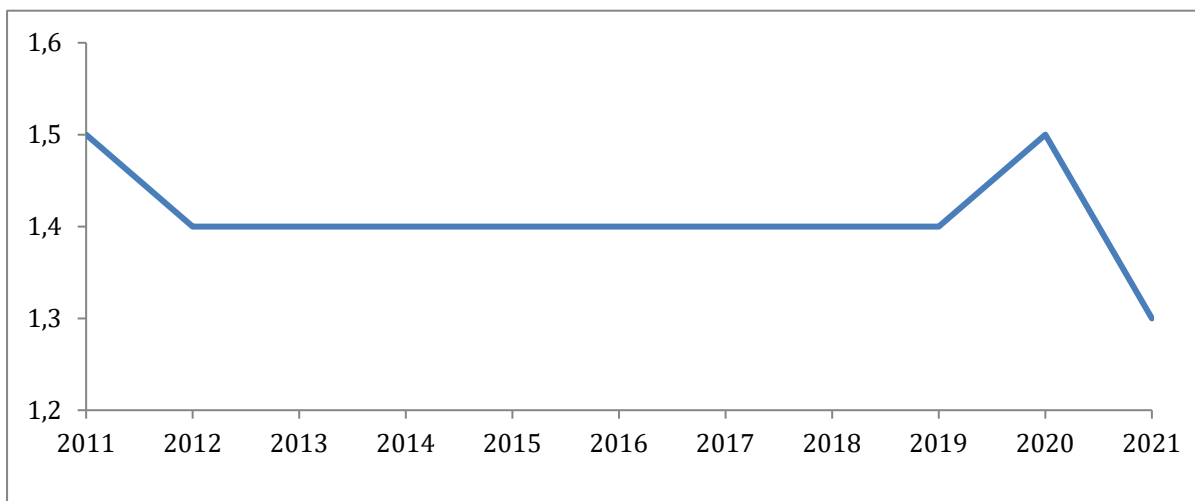
Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die lokale Rüstungsproduktion ist regional gesehen von großer Bedeutung, besonders im Bereich der Kleinwaffenproduktion. Auch deutsche Heckler & Koch Modelle (G3, HK33) werden in Lizenz vom Army Weapons Production Centre hergestellt. Dort wird auch Munition produziert.

Mit Hilfe der USA, Italien und Japan wurde in den 1980er Jahren der Versuch unternommen, Marinebasen zur Reparatur aufzubauen. Bis heute ist es jedoch nicht gelungen, diese Kapazitäten ausreichend auszubauen und für die Marine nutzbar zu machen.

Seit einiger Zeit gibt es ehrgeizige Pläne der Regierung, die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F&E) der Wirtschaft weiter zu stärken. Im Rahmen dieser Politik wird auch die Rüstungsindustrie von staatlicher Hilfe profitieren, um ihre F&E-Kapazitäten zu erweitern. Thailands Regierung strebt an, die Rüstungsindustrie gezielt zu unterstützen, um die nationale Sicherheit zu garantieren. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen Thailand und China über eine gemeinsame Verteidigungskooperation zum Aufbau von Produktions- und Instandsetzungskapazitäten für militärisches Gerät. Thailand zielt dabei insbesondere auf einen Technologieaustausch im Hinblick auf Kleinwaffen und Drohnen chinesischer Produktion ab. Eine geplante Instandsetzungsanlage ist vermutlich für VT-4 Panzerfahrzeuge gedacht, von welchen seit 2016 etwa 48 von China geliefert wurden und von welchen noch weitere geliefert werden sollen. Vermutlich sollen sie die alternden US-amerikanischen M41 und M113 ersetzen. Darüber hinaus kündigte das Verteidigungsministerium ähnliche Gespräche mit Russland und verstärkte Kooperationen mit Pakistan und den Philippinen an. Thailands Institut für Verteidigungstechnologie kündigte des Weiteren im Februar 2021 die Entwicklung von drei unterschiedlichen militärischen Radfahrzeugen in Kooperation mit der Royal Thai Army an.

Derzeit gibt es etwa 48 Rüstungsnahe Unternehmen, wovon 21 vom Heer, sieben von der Marine, zwölf von der Luftwaffe, eines von der Heeresleitung und sieben direkt vom Verteidigungsministerium geleitet werden. Darunter befinden sich Unternehmen der Luftfahrtsparte (bspw. Thai Aviation Industries), des Schiffbaus (bspw. Bangkok Dock Company) und der Fahrzeugindustrie (bspw. Chaiseri). Die Einrichtung einer Verteidigungsindustriezone ist in Planung und soll im Rahmen eines Umstrukturierungsplans der Streitkräfte und der Verteidigungsindustrie (Vision 2026), voraussichtlich in Kanchanaburi erfolgen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 24 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

360.850 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 245.000

Marine: 69.850

Luftwaffe: 46.000

Reserve: 200.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: ca. 93.700, davon:

Grenzpolizei: 20.000

Marinepolizei: 2.200

Freiwillige Nationale Sicherheitskorps: 45.000 - Reserve

Polizeiflieger: 500

Provinz-Polizei: 50.000

Thahan Phran: 21.000

Paramilitärische Reserve: 45.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	361	361	361	361	361	361	361	361	361
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Die Streitkräfte Thailands sind regional gesehen eine der stärksten Armeen. Sie spielen jedoch eher eine Rolle, wenn es um die Verteidigung des Landes oder um einen Einsatz im Inland geht und nehmen selten eine offensive Rolle ein. Dies hat auch historische Gründe: Thailand hat in den vergangenen Jahrzehnten Grenzkonflikte mit Myanmar, Laos und Kambodscha gehabt, im Inland hingegen wurden die Streitkräfte im Kampf gegen kommunistische Guerillabewegungen eingesetzt. Die paramilitärischen Einheiten können gewissermaßen als ein Erbe dieses Anti-Guerillakampfes angesehen werden, obwohl sie immer noch eine durchaus wichtige Rolle in der thailändischen Militärdoktrin einnehmen. Die schwere Wirtschaftskrise von 1997 hat das Verteidigungsbudget erheblich zusammenschrumpfen lassen, was zu der Streichung einiger Prestigeprojekte führte. Seitdem hingegen befinden sich die Streitkräfte in einem Wiederaufbau, was mit einer großangelegten Rüstungsbeschaffungsstrategie einhergeht, die jedoch weitestgehend auf gebrauchtes Material bzw. Kriegswaffen ausgerichtet ist. Die thailändischen Streitkräfte befinden sich inmitten eines Umstrukturierungsprozesses, dessen Ziel es ist, die Streitkräfte zu verkleinern und zu professionalisieren.

2015 wurde bekannt, dass die thailändischen Streitkräfte bis 2020 beabsichtigen, eine eigene Einheit für Cyber-Kriegsführung zu etablieren, welche alle drei Streitkräfte und die Polizei repräsentieren soll. Es finden erste Cyberwar-Übungen des Armed Forces Cyber

Security Centers statt (sogenannte Cyber FTX), speziell im Rahmen der „Cobra Gold“-Übungen in Kooperation mit den USA und weiterer Nationen. Seit 2019 besteht des weiteren eine Space-Operations Center.

Im Februar 2017 kündigte die Regierung Thailands ein zehnjähriges Entwicklungsprogramm für das Militär an (Vision 2026), wodurch unter anderem auf die Unruhen im Süden des Landes reagiert wird. Die drei deklarierten Ziele sind die Verbesserung der Vorbereitung des thailändischen Militärs, verbesserte Fähigkeiten und die Modernisierung von diesbezüglichen Strukturen. Außerdem sollen die Militärausgaben auf zwei Prozent des BIPs angehoben und die heimische Industrie gestärkt werden. Berichten zufolge plant Thailand aufgrund der COVID-19 Pandemie, die Verteidigungsausgaben für 2022 jedoch zu beschränken. Bereits im Jahr 2021 waren diese gesunken. Die Modernisierungsbemühungen umfassen verstärkt die Entwicklung von U-Booten und die Fähigkeiten zu U-Boot-Abwehr und laut einem Weißpapier aus dem Jahr 2020 auch Kampfflugzeuge und taktische Transporter.

Die thailändischen Streitkräfte sind ein wichtiger Nicht-Nato-Verbündeter der USA, seit 2014 sind aber auch zunehmende Verteidigungsbeziehungen zu China zu beobachten.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	420	Davon 50 eingelagert
Leichte Panzer	244	Davon 50 eingelagert
Schützenpanzer	220	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1190	
Aufklärer	32	
Bergepanzer	Mehr als 58	
Brückenlegepanzer	Einige	Type-84
Minenräumpanzer	Einige	<i>Bozena; Giant Viper</i>
Ausbildungsflugzeuge	33	
Transportflugzeuge	22	
Kampfhubschrauber	7	
Ausbildungshubschrauber	53	
Mehrzweckhubschrauber	20	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transporthubschrauber	123	
Artillerie	2659	Davon 92 eingelagert
Panzerabwehr	Mehr als 210	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme M47 <i>Dragon</i>
Luftabwehr	Mehr als 192	Zusätzlich Boden-Luft-Raketen (u.a. <i>Aspide, Starstreak</i>)
Drohnen	Mehr als 4	Aufklärungsdrohnen (<i>Hermes 450, Searcher</i> und <i>Searcher II</i>)

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Kommentar

Das Heer ist vergleichsweise gut ausgerüstet und auf Mobilität ausgelegt. Auffällig ist vor allem die hohe Zahl von Transport- und Verbindungsflugzeugen, vor allem auch von Transporthubschraubern, sowie leichten Infanteriefahrzeugen meist älterer Bauart. Die Systeme stammen überwiegend aus den USA, aber auch aus Großbritannien und China. Schwere Panzer (US-amerikanischer Bauart) sind ebenfalls vorhanden, davon jedoch einige eingelagert. Die Bewaffnung des Heeres belegt, dass in der Vergangenheit interne leicht bewaffnete Gegner:innen als Hauptfeinde angesehen wurden, diese Bedrohung aber an Bedeutung nachgelassen hat. Trotz der Einbindung in multinationale Übungen überschattet die Einmischungen des Heeres in interne Angelegenheiten nach wie vor die angestrebte Professionalisierung des gesamten Streitkräfteapparates. Einer militärischen Bedrohung durch einen Nachbarstaat wird offensichtlich wenig Bedeutung beigemessen. Die Beschaffungen der vergangenen Jahre belegen, dass vorrangiges Ziel des Heeres die Sicherstellung und Steigerung der Mobilität bleibt. Auch vor dem Hintergrund der Ausrüstung in der Region und der internen Konfliktlage hat die thailändische Regierung im Jahr 2011 49 T-84 Kampfpanzer aus der Ukraine für das Heer bestellt, die zwischen 2014 und 2018 geliefert wurden. Zur Beschaffung von Mehrzweckhubschraubern hat das Parlament der thailändischen Regierung etwa 100 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt. In den letzten Jahren war die Aufstockung bzgl. leichter Panzer und Schützenpanzern auffällig. So wurden beispielsweise etliche gepanzerte Fahrzeuge aus China bestellt, alleine im Jahr 2019 26 gepanzerte Type-07 Mannschaftstransporter, drei Type-07P/VN-1 Schützenpanzer und zehn VT-4 Panzer sowie 2020 drei leichte Panzer des Typs ZTD-05. Aus den USA erhielt Thailand 2019 60 gepanzerte Mannschaftstransporter (Typ Piranha-3) und bestellte drei Helikopter des Typs S-70/UH-60A (gebraucht) und fünf des Typs S-70/UH-60L. Im Jahr 2021 orderte Thailand dazu acht AH-6S Kampfhelikopter, acht AT-6C Erdkampfflugzeuge und drei Kodiak-100 Leichtflugzeuge aus den USA. Deutschland lieferte zuletzt sechs leichte Helikopter des Typs EC135 und ein TRML-3D Luftsuchradar wurde bestellt.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Flugzeugträger	1	
Fregatten	7	
Patrouillenboote	92	
Davon Korvetten	7	
Minenboote	17	
Amphibienfahrzeuge	17	
Logistik und Unterstützung	13	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

9 Aufklärungsflugzeuge

2 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr

1 Seeaufklärer (kampffähig)

15 Transportflugzeuge

8 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

2 Mehrzweckhubschrauber

18 Transporthubschrauber

Einige Raketen (AGM-84 Harpoon)

Marineinfanterie:

24 gepanzerte Mannschaftstransporter

14 Schützenpanzer

33 bewaffnete Amphibienfahrzeuge

1 Bergepanzer

54 Artilleriegeschütze

10 Panzerabwehrlenk Waffen (zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme)

14 Luftabwehrgeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die thailändische Marine ist quantitativ und teilweise auch qualitativ sehr gut mit Waffensystemen ausgerüstet. Die Marine hat, zusammen mit der Luftwaffe, seit den 1980er Jahren an Bedeutung gewonnen, nachdem die Militärdoktrin zunehmend auf die Verteidigung der industriellen Zonen in den östlichen und südlichen Küstenregionen abzielt. Zunehmend können allerdings mit den zuletzt beschafften Kriegsschiffen auch küstenferne Operationen ausgeführt werden. Für das gestiegene Prestige der Marine spricht auch, dass sie als einzige in der südostasiatischen Region über einen Flugzeugträger verfügt. Die Marine ist jedoch wegen dieser Großprojekte nur bedingt einsatzbereit. Aufgrund der hohen Instandhaltungskosten des Flugzeugträgers mussten die Mittel für die Instandhaltung von vier Fregatten umgeleitet werden. Der Geldmangel trifft auch die Marineflieger schwer: So waren 2001 nur zwei der neun Harrier-Jets und nur ein Teil der 14 A-7 Jets einsatzfähig.

Da es keine akute Gefährdung durch andere Marinestreitkräfte in der Region gibt und die von den Streitkräften gegebenen Begründungen zur Aufrüstung eher dürftig sind (z. B. Abwehr illegaler Fischerei durch myanmarische Fischer:innen mittels U-Booten oder des Flugzeugträgers), kommt der Verdacht auf, dass es bei der Beschaffung der Ausrüstung oft eher um das Prestige des Militärs als um verteidigungspolitisch begründete Maßnahmen handelt. Durch die oben erwähnten finanziellen Engpässe und die hohen Instandhaltungskosten für viele der Waffensysteme ist die Einsatzzeit der Marine auf See für Übungszwecke sehr gering. Auch der Mangel an ausgebildetem Personal stellt die Einsatzfähigkeit der Marine immer wieder in Frage. Thailands Regierung entsendet nur wenig Personal zur weiteren Ausbildung in befreundete Staaten und auch bei gemeinsamen Marineübungen mit den USA, Australien und Malaysia spielt Thailand häufig nur eine kleine Rolle.

Thailands Marine plant seit längerem die Anschaffung deutscher U-Boote. Laut Auskunft des deutschen Verteidigungsministeriums vom Mai 2011 ruhen derzeit die Verhandlungen über den Kauf der sechs gebrauchten U-Boote der Klasse 206A. Inzwischen hat die thailändische Regierung offiziell Abstand von dem Geschäft genommen und plant stattdessen die Anschaffung von Fregatten. Dazu hat das Parlament im September 2012 knapp eine Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Die erste Fregatte stammt von der südkoreanischen Firma Daewoo Shipbuilding & Marine Engineering (DSME). Die Mehrzweckfregatte ist insbesondere für den Küstenschutz und dem Schutz der Territorialgewässer im Golf von Thailand und dem Andamischen Meer gedacht. Zusätzlich hat das Parlament etwa 110 Mio. US-Dollar zur Modernisierung der Fregatten der Naresuan-Klasse genehmigt. Zusätzlich konnte die Marine am 26. August 2013 das erste Patrouillenboot (*Offshore Patrol Vessel*) der Firma BAE-Systems in Dienst stellen. Die zwei RTN's Knox-class Fregatten, die Anfang der 70er Jahre in den USA produziert wurden, werden vermutlich bald durch eine 122m Fregatte der südkoreanischen Firma DSME ersetzt.

2017 kündigte die thailändische Regierung an, dass für die Modernisierung der Marine die nationalen Fähigkeiten zum Schiffsbau verbessert werden sollen und außerdem U-Boote aus China beschafft werden sollen. Im selben Jahr bestellte Thailand ein S26T U-Boot aus China, das ab 2023 geliefert werden soll. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Einbruchs aufgrund der COVID-19 Pandemie steht der Kauf zwei weiterer U-Boote aus China allerdings in starker Kritik. 2021 erhielten die Royal Thai Marine Corps drei VN-16 Amphibienfahrzeuge aus China.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	11	
Jagdbomber	76	
Kampfflugzeuge	16	
AWACS	2	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2	
Aufklärungsflugzeuge	5	
Ausbildungsflugzeuge	87	Davon 20 kampffähig
Transportflugzeuge	42	Davon 1 im Lager; 7 Passagierflugzeuge
Mehrzweckhubschrauber	11	
Such- und Rettungshubschrauber	8	
Transporthubschrauber	23	
Drohnen	Einige	Aufklärungsdrohnen (<i>U-1</i>)
Raketen	Einige	u. a. AIM-9P/S <i>Sidewinder</i> ; AGM-65 <i>Maverick</i>

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Das Fluggerät der thailändischen Luftwaffe spiegelt teilweise noch ihre Anti-Guerilla-Rolle aus den 1960er und 1970er Jahren wider. Das Fluggerät ist größtenteils US-amerikanischer Bauart und zum Teil veraltet. Wegen der Finanzkrise 1997 wurde der ursprüngliche Plan, die Luftwaffe mit moderneren F-18 auszustatten, auf Eis gelegt, aber es gelang dem Verteidigungsministerium, den Kauf von gebrauchten 26 F-16 gegen den Widerstand des Parlaments durchzusetzen. Die Lieferung der 26 deutschen *Alpha Jets* ist im Angesicht der Größe der Luftwaffe kein unbedeutendes Unterfangen. Die *Alpha Jets* können als Trainingsflugzeuge eingesetzt werden, sind aber auch zum Einsatz als Bodenkampfflugzeug geeignet. 16 Stück hiervon befinden sich derzeit im Bestand der Luftwaffe. Ähnlich wie die Beschaffung *Alpha Jets* war auch das Geschäft rund um die schwedischen Gripen Kampfflugzeuge von Kontroversen gezeichnet. Während der damalige Ministerpräsident Shinawatra das russische Modell Su-30 bevorzugte, favorisierte die Luftwaffenführung das schwedische Modell. Erst nach Absetzung des Ministerpräsidenten stimmte das Kabinett dem Kauf zu. Parallel dazu bestellte die Luftwaffe auch ein Saab 340AEW Flugzeug zur Aufklärung, das 2013 ausgeliefert wurde. Zusätzlich tauschte das Land drei

nicht einsetzbare Alenia G222 für ein weiteres Saab 340 AEW Flugzeug und debattiert über den Kauf von sechs amerikanischen (Eurocopter North America) UH-72A Lakota Hubschraubern. Die Kampfkraft der Luftwaffe wird mit dieser Beschaffung erheblich gesteigert. Der Bestand an Hubschraubern wurde in den letzten Jahren ausgebaut, was vermutlich in den nächsten Jahren fortgeführt wird. Wichtiger Partner dabei ist der französische Konzern Airbus, der in diesem Bereich zuvor dominante US-amerikanische Firmen abgelöst hat. Seit 2018 lieferten die USA drei leichte Transportflugzeuge (Cessna-208 Caravan und Gulfstream-5) sowie 12 Triebwerke des Typs PT6. In Österreich wurden des Weiteren seit 2018 sechs Aufklärungsflugzeuge (DA42MPP), 12 Leichtflugzeuge (DA40 und DA42) und sechs Camcopter S-100 Drohnen bestellt. 2021 wurde die Beschaffung eines dritten C295W Transportflugzeuges von Airbus Defence Space angekündigt und die Aufwertung von elf Saab JAS 39 Gripen vorgeschlagen.

Die thailändische Luftwaffe zählt mittlerweile zu einer der bestausgerüsteten in Süd-Ost-Asien.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Marinepolizei:

101 Patrouillenboote

Polizeiflieger:

16 Transportflugzeuge (davon 1 Passagierflugzeug)

6 Kampfflugzeuge

12 Mehrzweckhubschrauber

61 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Da das Militär nicht in der Lage war, dauerhaft landesweit zu operieren, fiel den paramilitärischen Einheiten während des Guerilla-Aufstandes in der Vergangenheit die Aufgabe zu, in den Unruheprovinzen Präsenz zu zeigen und gegen die kommunistischen Guerillas vorzugehen. Aus diesen Jahren stammt auch das von den US-Streitkräften in Vietnam eingesetzte Konzept der „Wehrdörfer“, welche dann insbesondere von den paramilitärischen Einheiten unterstützt wurden. Die „Wehrdörfer“ bestehen an der thailändisch-myanmarischen Grenze weiterhin fort. An ihre Abschaffung wird angesichts der unsicheren Lage auf der myanmarischen Seite nicht gedacht.

Box 4

Peacekeeping

Indien/Pakistan (UNMOGIP): 5 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 276 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Machtergreifung des thailändischen Militärs am 22. Mai 2014 verdeutlichte ein weiteres Mal den großen Einfluss der Streitkräfte auf den thailändischen Staat – auch wenn es in den vergangenen Jahren zunehmende Kontrollbeschränkung des Militärs gab. Das Militär spielt bis heute eine politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Rolle, die seit Eintritt der Verfassung durch die dort niedergeschriebene Funktion als „Beschützer der Nation, des Königshauses und der Religion“ definiert ist. Diese wurde in der Praxis der 1960er und 1970er Jahre durch militärische Mittel zum Erhalt der inneren Sicherheit sowie entwicklungspolitische Maßnahmen untermauert. So agierte das Militär damals gegen interne Guerillabewegungen (z. B. gegen die verbotene Kommunistische Partei Thailands) und förderte zugleich die Entwicklung des Landes, zum Beispiel im Infrastrukturbereich (Straßen- und Brückenbau). Auf Basis dieser bedeutenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position nahm das Militär in der Vergangenheit mehrfach auch erheblichen politischen Einfluss: So ist Thailands Geschichte seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932 von über zwanzig Putschversuchen und tatsächlichen Militärputschen (zuletzt 2014) geprägt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Anschluss an den Putsch von 1992 eine deutliche Demokratisierung des Staates geplant wurde: Nach massiven gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen über 250 Menschen starben, trat der zuvor selbsternannte Premierminister und Putschist General Suchinda Kraprayoon zurück und demokratische Maßnahmen wurden eingeleitet, die fortan unter anderem die Macht der Militärs einschränkten. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Putschversuche ist seitdem gesunken. Erklärungen hierfür sind unter anderem globale Entwicklungen und der verbesserte Bildungsstand führender Militärs.

Nichtsdestotrotz kam es nicht nur im Mai 2014, sondern bereits im September 2006 zu einem erneuten Staatsstreich, in dem die thailändische Militärführung die damalige Regierung unter Premierminister Thaksin Shinawatra (2001-2006) absetzte und das Kriegsrecht ausrief. Dieser Vorgang hatte Konsequenzen, die die politische Situation des Landes bis in die Gegenwart prägen. Zwar war damals (wie zuletzt) nicht die dauerhafte Machtübernahme des Militärs das Motiv für den Eingriff, sondern die Machtumverteilung im politischen System sowie eine Verfassungsreform. Trotzdem verdeutlichen der direkte militärische Eingriff und die damit einhergehende bewusste Veränderung der politischen Machtverhältnisse die beträchtliche Involvierung des Militärs in die politischen Geschehnisse des Staates. So schien der militärische Einfluss auf die thailändische Politik zwar zeitweise tendenziell abzunehmen, seit der Thronübernahme durch König Maha Vajiralongkorn (seit 2016) wurde dieser jedoch erneut zentralisiert und wird auch von Premierminister General Prayuth Chanocha weiter gefestigt.

Über die politische Dimension hinaus sind Ex-Militärs bis in die Gegenwart prominent in Wirtschaft und Gesellschaft vertreten. Spekulationen zufolge reicht der Einfluss bis in das Königshaus, so werden dem designierten Nachfolger des überaus populären Königs Bhumibol Adulyadej (Rama IX) enge Kontakte zum Militär nachgesagt. Zuweilen wird das politische System daher auch als „Khakistokratie“ bezeichnet, eine Anspielung auf die

sehr engen Verflechtungen der Aristokratie mit den khakifarbenen Uniformen tragenden Militärs.

Das Militär verfügt über ein landesweites Fernseh- und Radionetzwerk, betreibt Banken und zahlreiche Firmen. Die Verflechtungen zwischen Militär und Wirtschaft sind folglich weitreichend, wenngleich zu einem erheblichen Teil dubioser Natur. So verdienen sowohl das Militär als auch die Polizei an der „Unterhaltungsindustrie“, sprich dem Sextourismus, wobei es teilweise zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staatsorganen kommt. Mitglieder der Sicherheitskräfte werden laut Berichten auch von den *chao pao*, den lokalen „Mafiapaten“ zum Eintreiben von Schutzgeldern, Einschüchterung von Kommunalpolitiker:innen oder für Morde „gemietet“. Presseberichten und unabhängigen Untersuchungen zufolge sollen Mitglieder des thailändischen Militärs zudem am myanmari-schen Opiumgeschäft sowie am Schmuggel von Tropenholz und Kulturgütern aus Kam-bodscha und Myanmar beteiligt sein. Waffenschmuggel in die naheliegenden Kriegsge-biete (z. B. Myanmar, Aceh, Mindanao, Nordost-Indien und Sri Lanka), aber auch die Ver-breitung von Waffen in der thailändischen Unterwelt ist ein ernstes Problem. Dies ge-schieht in dem Maße, dass Thailand als einer der Hauptumschlagplätze für Kleinwaffen in Südostasien gilt, zum Beispiel für die chinesische separatistische Bewegung GAM oder die LTTE („Tamil Tigers“) aus Sri Lanka. Oft sind thailändische Militärs an diesen Geschäften beteiligt gewesen. Nach Medienberichten sollen sich in der Vergangenheit führende thailändische Militärs auch bei der Beschaffung von Waffensystemen aus dem Ausland selbst bereichert haben. Die Verwicklung thailändischen Sicherheitskräfte in illegale Machens-chaften wie im Bereich des Waffen-, Drogen-, Tropenholz- und Menschen-smuggel deut-en auf eine endemische Korruptionskultur und enge Verbindungen zur Unterwelt hin. Die thailändischen Behörden haben in der Vergangenheit, besonders seit Beginn des De-mokratisierungsprozesses, bereits mehrfach verkündet, härter und entschiedener gegen die „schwarzen Schafe“ vorzugehen. Der Erfolg erscheint indes allerhöchstens mäßig, weshalb die thailändischen Sicherheitskräfte einen inzwischen durchaus zweifelhaften Ruf innerhalb der Bevölkerung genießen. Darauf wiesen auch die Forderungen der Pro-testierenden seit 2020 hin, die die verfassungsrechtliche Verankerung des militärischen Einflusses in der Politik scharf kritisierten. So ernennt das Militär etwa ein Drittel der Mitglieder des Zweikammerparlamentes, sechs Sitze sind für Oberbefehlshaber:innen re-serviert.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,2	1,1	1,2	1,2	1,3

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die *Royal Thai Police (RTP)* ist die nationale Polizei Thailands. Sie ist nicht etwa im Innenministerium angesiedelt, sondern direkt dem Büro des:der Premierminister:in unterstellt. Die RTP hatte 1987 eine Stärke von etwa 110.000 Polizist:innen; Stand 2015 soll die Personalstärke bei 210.000 – 230.000 Personen liegen.

Sie ist in zahlreiche Untereinheiten gegliedert und ähnlich dem Militär strukturiert. Die Untereinheiten nehmen verschiedene Aufgaben wahr. Es gibt eine ca. 40.000 Personen starke *Border Patrol Police Division*, welche besondere Unabhängigkeit vom Rest der Polizei genießt und enge Beziehungen zum Königshaus pflegt. Diese eher paramilitärisch ausgerichtete Polizeieinheit hat auch Polizeiflieger und stellt zusätzlich die thailändische Flugrettung (*air-sea-rescue*). Obwohl Sie auf dem Papier eine Polizeieinheit ist, hat sie in der Vergangenheit oft direkt mit dem Militär zusammen operiert. Die *Border Patrol Police Division* ist zum Teil mit G3 Sturmgewehren von Heckler & Koch (H&K) ausgestattet, welche lokal in Lizenz hergestellt werden. Ebenfalls in die *Border Patrol Police Division* eingliedert ist die Spezialeinheit *Naresuan 261*. Die Einheit ist auf Geiselnbefreiung und Anti-Terror-Einsätze spezialisiert. Sie trainiert unter anderem mit der deutschen GSG9 und ist ähnlich strukturiert und aufgebaut. Die *Naresuan 261* wird auch für den Schutz der königlichen Familie sowie zum Schutz von ausländischen Diplomaten:innen eingesetzt. Auch diese Einheit nutzt zum Teil H&K Waffen, zum Beispiel Maschinenpistolen des Typs MP5s. Ebenfalls in der *Border Patrol Police Force* zusammengefasst sind das *Voluntary Defense Corps* mit ca. 45.000 Mitgliedern und die *Thahan Phran* eine ca. 21.000 Personen starke Miliz, die vor allem im Grenzgebiet zu Kambodscha agiert. Beide Einheiten nehmen sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben wahr. Im Stadtgebiet von Bangkok gibt es außerdem noch die *Metropolitan Police Division*, welche mindestens 10.000 Personen stark ist. Letztendlich hat die *Royal Thai Police* auch eine dem amerikanischen SWAT-Team ähnliche Einheit, die *Arinthat 26*. Hinzu kommen noch lokale Polizeieinheiten in den einzelnen Regionen, deren Größe und Stärke allerdings unbekannt sind.

Das scharfe Vorgehen von Polizeieinheiten bei den seit 2020 immer wieder auflodernden Protesten wird von Amnesty International kritisiert. Mehr hierzu unter dem Kapitel: [„Spannungen und innere Konflikte“](#).

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Thailand ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, unter anderem der Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983. Internationale Organisationen wie Human Rights Watch oder das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sehen als problematische Punkte die Fragen von Anti-Personenminen und Kindersoldat:innen. Obwohl Thailand selber den Verträgen beigetreten ist, halten sich die im Grenzgebiet zu Myanmar operierenden Oppositionskräfte nicht an diese internationalen Normen. Berichten zufolge sollen auch einige der bewaffneten islamistischen Gruppen in der Pattani-Region im Süden Thailands Kindersoldat:innen angeworben haben. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat Thailand unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert.

Gegen Thailand sind derzeit weder von der EU noch von den Vereinten Nationen Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern,	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002		
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020**

Thailand is a constitutional monarchy, with King Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun (Rama X) as head of state. In March 2019 Thailand held the first national election after five years of rule by a junta-led National Council for Peace and Order. The National Council-backed Phalang Pracharath Party and 18 supporting parties won a majority in the lower house, and they retained as prime minister National Council leader Prayut Chan-o-Cha, the leader of the 2014 coup and a retired army general. The election was generally peaceful with few reported irregularities, although observers noted that a restrictive legal framework and selective enforcement of campaign regulations by the Election Commission favored Phalang Pracharath-aligned parties. The Royal Thai Police and the Royal Thai Armed Forces share responsibility for law enforcement and the maintenance of order within the country. The police report to the Office of the Prime Minister; the armed forces report to the Ministry of Defense. The Border Patrol Police have special authority and responsibility in border areas to combat insurgent movements. While more authority has been returned to civilian authorities following the election, they still do not maintain full control over the security forces. Members of the security forces committed a variety of abuses. Significant human rights issues included: reports of unlawful or arbitrary killings by the government or its agents; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by government officials; arbitrary arrest and detention by government authorities; political prisoners; politically motivated reprisal, including allegations of forced disappearance, against individuals located outside the country; political interference in the judiciary; serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including arrests and prosecutions of those criticizing the government, censorship, website blocking, and criminal libel laws; interference with the rights of peaceful assembly and freedom of association, including harassment against human rights activists and government critics; refoulement of refugees facing threats to their life or freedom; restrictions on political participation; serious acts of corruption; trafficking in persons; and significant restrictions on workers' freedom of association. Authorities took some steps to investigate and punish officials who committed human rights abuses. Official impunity, however, continued to be a problem, especially in the southernmost provinces, where martial law remained in effect in Yala, Pattani, and Narathiwat provinces while the deep south emergency decree was in effect in all but six districts in those provinces. In each of the six districts where the emergency decree has been lifted since 2011, the 2008 Internal Security Act has been subsequently invoked. Insurgents in the southernmost provinces committed human rights abuses and made attacks on government security forces and civilian targets.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/thailand/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

Authorities repressed peaceful protesters, and detained and launched criminal proceedings against human rights defenders, opposition politicians and other critics for joining peaceful assemblies and expressing critical views of the government, the Constitution, and the monarchy. A series of demonstrations took place in Bangkok and other cities. Official measures to control the COVID-19 pandemic left refugees at heightened risk of refoulement. The courts handed down death sentences, including for murder; a number of death sentences were commuted by royal pardon to life imprisonment.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021

<https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-east-asia-and-the-pacific/thailand/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Thailand auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 24/60

Politische Rechte: 5/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (29/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Following five years of military dictatorship, Thailand transitioned to a military-dominated, semi-elected government in 2019. The combination of democratic deterioration and frustrations over the role of the monarchy in Thailand's governance has since triggered massive demonstrations. In response, the regime continues to employ authoritarian tactics, including arbitrary arrests, intimidation, lèse-majesté charges, and harassment of activists. Press freedom is constrained, due process is not guaranteed, and there is impunity for crimes committed against activists.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2022>

Kommentar

Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sind seit dem Militärputsch von 2014 stark eingeschränkt. Die Zahl der Haftbefehle wegen Majestätsbeleidigung hat stark zugenommen. Unmittelbar nach dem Putsch wurden mehrere hundert Personen verhaftet und verhört, diese wurden aber größtenteils nach der gesetzlich zugelassenen Frist von sieben Tagen wieder freigelassen. Die thailändischen Sicherheitskräfte sind übereinstimmenden Berichten zufolge eher Teil des Problems als der Lösung.

Trotz Reformanstrengungen ist Korruption ein weitverbreitetes Problem. Andere Probleme sind Übergriffe und Zwangsrepatriierung myanmarischer Geflüchteter seitens

des Militärs, außergerichtliche Hinrichtungen entweder direkt durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder von ihnen unterstützte „Todesschwadronen“ sowie Übergriffe auf Häftlinge. Im Rahmen einer massiven Anti-Drogen-Kampagne der Regierung von Thaksin sind im Winter 2003 innerhalb von drei Wochen 600 Menschen erschossen worden. Während laut Regierungsangaben nur bis zu 15 Menschen von Mitgliedern der Sicherheitskräfte erschossen worden sein sollen, allesamt in Notwehr, sprechen Menschenrechtsverbände von außergerichtlichen Hinrichtungen und einer bewussten „shoot-to-kill“-Strategie. Obwohl es in einigen Fällen zu strafrechtlichen Prozessen gekommen ist, herrscht allgemein eher ein Klima der Straffreiheit.

Bemühungen der thailändischen Regierung, Korruption, Menschenhandel und jeglichen Schmuggel unter Kontrolle zu bringen, werden unter anderem dadurch behindert, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte am Menschenhandel beteiligt sind bzw. gegen Annahme von Bestechungsgeldern beim Schmuggel behilflich sind.

In Folge der Parlamentswahlen 2019 kommt es seit Anfang 2020 zu weitreichenden Protesten in Thailand, die von Sicherheitskräften mit zunehmend exzessiver Gewalt niedergeschlagen werden. Diese pausieren aktuell, Anführer:innen der Proteste zufolge. Hauptauslöser der Proteste ist die behördliche Schikane gegenüber der neuen Partei Future Forward, die bei den Wahlen den drittgrößten Anteil an Parlamentssitzen holte. Im Nachgang der Wahlen überzogen die Behörden diese u. a. mit Gerichtsverfahren, im Februar 2020 löste das thailändische Verfassungsgericht die Partei auf. Die Demonstrierenden fordern die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, eine Reform der Monarchie und der Verfassung sowie ein Ende der Einschüchterung und Drangsalierung von Regierungskritiker:innen. Die Regierung reagiert mit Repressalien auf die Proteste: Allein 2020 wurden mehr als 173 Menschen wegen der Teilnahme an den Protesten inhaftiert und angeklagt – manchen droht lebenslange Haft. Im Oktober 2020 löste die Polizei eine Demonstration gewaltsam auf. Personenverkehrssysteme in Bangkok wurden teilweise stillgelegt, um zu verhindern, dass sich Demonstrierende versammeln. Die Regierung schränkte außerdem die Internetkommunikation aus vermeintlichen Sicherheitsgründen ein. Amnesty International zufolge verletzen die staatlichen Maßnahmen zur Unterbindung von Protest die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

The review period commenced with a military administration, the junta-led National Council for Peace and Order (NCPO), governing Thailand. Junta leader General Prayuth Chan-o-cha served as prime minister. The junta's absolute rule has since been enshrined in law under two constitutions (2014 and 2017), and the NCPO has muzzled political rights and civil liberties, which previously existed during the country's democratic period prior to the 2014 military coup d'état. Opposition groups (e.g., the New Democracy Movement) have been crushed and its members imprisoned or intimidated. In December 2016, Bhumibol's son Maha Vajiralongkorn officially became Thailand's new king. Though many had earlier assumed that he would leave most of his duties up to the military, he

has shown a tendency to enhance the palace's direct control over the military, certain civilian parts of the executive branch, the Crown Property Bureau and Buddhist monks. His official coronation took place in May 2019. In April 2017, following a drawn-out procedure led by junta-created institutional bodies, Thailand's new king, Maha Vajiralongkorn, endorsed Thailand's 20th constitution. The new constitution is decidedly conservative, with the military set to indirectly control an appointed Senate, an electoral system that prevents political parties from obtaining a majority of seats in the Lower House, and the opportunity for non-elected individuals (i.e., military) to be appointed prime minister. All future elected governments must follow a junta-created 20-year national strategy. Failure to follow this plan could lead to the impeachment of elected governments. Ultimately, the new constitution establishes electoral authoritarianism over which the monarchy and military prevail. In December 2018, the junta waived certain restrictions on parties such that the parties could commence campaigning for the general election on March 24, 2019. [...] In the Deep South region, where the junta has engaged in counter-insurgency against a Malay-Muslim insurrection, junta leaders have used a combination of increased repression and negotiations. However, this strategy has so far failed to reduce insurgent attacks in the region.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Thailand auf Platz 110 (2020: Platz 101), zusammen mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, der Mongolei und Malawi. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Sowohl die inneren als auch die äußeren Konflikte Thailands haben mit dem Ende der kommunistischen Guerillabewegung und dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges über das letzte Jahrzehnt abgenommen. Allerdings existieren gegenwärtig erhebliche politische Auseinandersetzungen, die sich seit 2005 in teils gewaltsamen Unruhen – vor allem in der Hauptstadt des Landes – äußern. Darüber hinaus bleiben seit Jahren bestehende Spannungen im islamisch geprägten Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia und im thailändisch-myanmarischen Grenzgebiet aktuell.

Seit dem Militärputsch von 2006, der die Regierung Thaksin Shinawatras stürzte, sieht sich Thailand wiederkehrenden Unruhen und Krisen ausgesetzt, in denen sich zwei politische Lager als wesentliche Konfliktparteien gegenüberstehen. Dabei greift die übliche, doch äußerst grobe Einteilung in die „Gelbhemden“ als konservativ-royalistische reiche Eliten und die „Rothemden“ als pro-demokratische arme Schichten allerdings zu kurz. Vielmehr setzt sich das Lager der „Gelbhemden“ sowohl aus Anhänger:innen der Mittel- und Oberschicht, als auch aus Vertreter:innen der ländlichen Regionen und südlichen Städte des Landes zusammen. Sie vereinten sich im Jahr 2005 zur People's Alliance for Democracy (PAD) unter der Führung des Medienmoguls Sondhi Limthongkul und des pensionierten Generalmajors Chamlong Srimuang. Ziel war es damals, den regierenden Premier Shinawatra zu stürzen, wobei die PAD Unterstützung seitens der oppositionellen Democrat Party (DP) und einigen Militärfraktionen erhielt, sodass der Sturz 2006 gelang. Die PAD löste sich im Anschluss auf, kehrte jedoch im Jahr 2008 mit Aktivitäten wie der

Besetzung von Regierungsgebäuden und Bangkoks Flughäfen zurück. Die damalige Thaksin-nahe Koalitionsregierung löste sich infolge auf, woraufhin eine neue Koalitionsregierung unter Führung der DP und Premierminister Abhisit Vejjajiva die Regierungsgeschäfte übernahm. 2011 folgten Wahlen, aus denen mit der Phua Thai Party (PTP) unter Thankins Schwester Yingluck Shinawatra erneut eine Thaksin-nahe Partei als Siegerin hervorging. In der Folgezeit ließ die Flut von 2011 die Aktivist:innen ruhen, 2013 traten sie allerdings erneut mit massiven Korruptionsvorwürfen gegen die Yingluck-Regierung hervor und führten im November 2013 Massendemonstrationen in Bangkok an. Beteiligt waren hier neben traditionellen Gelbhemden Studierendenvereinigungen und Akademiker:innen, Gewerkschaften und NGOs sowie Staatsbedienstete aus Ministerien und Mitglieder der oppositionellen DP. Unter Führung Suthep Thaugsuban werden diese inzwischen auch die „Blau-Weiß-Roten Hemden“ genannt. Ziele waren nun die Beseitigung des „Shinawatra-Clans“ aus der Regierung, die Beschlagnahme ihrer Vermögenswerte sowie die Vertreibung der Familie ins Exil. Ergänzt wurde diese Forderung um Vorschläge seitens Thaugsubans, die politische Maßnahmen entgegen eines demokratischen Politikverständnisses umfassen (zum Beispiel die Installierung eines Rates, der die Regierungsgeschäfte übernimmt).

Diesem politischen Bündnis steht mit den „Rothemden“ ein Lager gegenüber, das sich im Jahre 2006 mit dem Namen United Front for Democracy Against Dictatorship (UDD) als direkte Reaktion auf den Militärputsch von 2006 formierte. Die Massenbewegung entsprang zahlreichen Bürgerbewegungen, die vor 2006 unabhängig voneinander für die Stärkung der Bürgerrechte und politischer Freiheiten sowie die Schwächung der herrschenden Elite in Thailand arbeiteten. Mit dem Sturz der Thaksin-Regierung und der Regierungsübernahme der nicht-gewählten DP 2006 schlossen sich dann pro-Thaksin, pro-Demokratie und anti-PAD Gruppierungen sowie zahlreiche Intellektuelle oder ländliche Wähler:innen als Bund gegen die vorgefallenen Verstöße hinsichtlich demokratischer Prinzipien zusammen. So sind Thaksins Wahlerfolge von 2001 (40,6 Prozent) und 2006 (60,7 Prozent) zwar durchaus auf manipulative Mittel in einer geschickten Wahlkampf-führung zurückzuführen, dennoch als demokratisch legitimiert zu bewerten. Thaksin hob Wahlen stets als wichtiges demokratisches Instrument hervor und gewann Stimmen von Wähler:innen, indem er den ärmeren Schichten, insbesondere im Nordosten des Landes, wirtschaftliche Zugeständnisse machte, die er zu Regierungszeiten auch ohne massive Staatshaushaltsbelastungen einlöste. Geeint fühlen sich die „Rothemden“ durch das angestrebte Ziel eines Systemwandels, durch den Thailands herrschende Klasse einer stärkeren Kontrolle unterliegen und der politische Einfluss der Bevölkerung gestärkt werden soll. Zugleich gelten sie generell als Anhänger:innen der Shinawatra-Familie, der zugesprochen wird, einen Wandel im Sinne der ärmeren Schichten zu bewirken; doch schwindet bei einigen Anhänger:innen das Vertrauen aufgrund von Fehlentscheidungen der Yingluck-Regierung.

Vor diesem Hintergrund kam es seit 2006 bis heute zu wiederholten Gewaltausbrüchen mit hunderten Toten und tausenden Verletzten, bei denen nicht-staatliche Akteure vielfach Kriegswaffen einsetzten und das Militär eingriff. So kamen durch blutige Auseinandersetzungen im Rahmen der seit November 2013 anhaltenden Turbulenzen fast 30 Menschen ums Leben. Anfang Mai 2014 enthob das Verfassungsgericht Premierministerin Yingluck Shinawatra mit der Begründung des Machtmissbrauchs ihres Amtes, die PTP führte vorübergehend die Regierungsgeschäfte weiter. Nachdem Versöhnungsgespräche

zwischen Vertreter:innen beider Seiten scheiterten und das Kriegsrecht verhängt wurde, übernahm das Militär am 22. Mai 2014 die Macht und General Prayuth Chan-ocha das Amt des Regierungschefs als Vorsitzender des Rates für nationalen Frieden und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt und ein Versammlungsverbot sowie eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Das Militär gab an, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Ordnung wieder hergestellt und Reformen eingeleitet würden. Nach dem Fahrplan der Militärregierung waren nach der neuen Verfassung Wahlen zur Rückkehr zur demokratischen Ordnung Ende 2017 geplant. Dreimonatige Vermittlungsgespräche zwischen den politischen Lagern sollten die Rückkehr zur demokratischen Ordnung erleichtern. Dazu wurde ein Versöhnungskomitee gebildet, welches sich aus Generäl:innen und zivilen Expert:innen zusammensetzte. Die ersten Wahlen fanden jedoch erst im März 2019 statt. Freedom House zufolge war der Wahlprozess so gestaltet, dass die Herrschaft des Militärs legitimiert wurde. So steht als Premierminister an der Spitze der zivilen Regierung nun wieder Prayut Chan-ocha. Anfang 2020 brachen Proteste in Thailand aus, die die Verfassung von 2017 und die Parlamentswahlen von 2019 kritisieren und Reformen und Neuwahlen fordern. Die Regierung versucht seither, die Protestbewegung zu unterdrücken. Im Dezember 2020 gaben die Anführer:innen der regierungskritischen Bewegung an, die Proteste zu pausieren, seit Juli 2021 werden die Forderungen aber wieder lauter und es kam erneut zu umfassenden Protesten. Das Vorgehen der Polizei wird beispielsweise von Amnesty International kritisiert, da teilweise auch Kinder und jugendliche Verletzungen durch das Vorgehen mittels Tränengas und Wasserwerfern erlitten - noch immer befinden sich hunderte Demonstrant:innen in Haft oder werden anderweitig strafrechtlich verfolgt.

Seit den 1940er Jahren gibt es auch Spannungen in der islamisch-dominierten Pattani-Region im Süden des Landes an der Grenze zu Malaysia. Die Oppositionsbewegungen sind islamistisch geprägt und führen teilweise einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung. Die Anzahl der Kämpfer:innen ist jedoch relativ klein, sie wird auf ca. 100-200 geschätzt. Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu Konflikten zwischen Staatsbürger:innen und Ausländer:innen. Zwischen 2007 und 2008 kam es zu Konflikten in den muslimisch dominierten Regionen Narathiwat, Pattani und Yala. Anschläge von Rebell:innen-gruppierungen beinhalteten Bombenanschläge auf Marktplätze, Anschläge mit selbstgebastelten Bombensätzen (IEDs) auf thailändische Militärs und das Schießen auf Personen, Lehrer:innen sowie Schul- oder Regierungsgebäude. Ein Strategiewechsel im April 2008 führte zumindest in der Yala Region zu einem gewissen Erfolg, als lokale Bevölkerungsgruppen Nachschub der Rebell:innen dem Militär übergaben. Im Zuge der neuen Strategie, die auf das Gewinnen der Herzen und Köpfe (hearts-and-minds-strategy) der Menschen abzielt, verfolgt das thailändische Militär immer öfters zivile Aufbauprojekte. Dennoch bleibt die Lage weiterhin sehr angespannt und der Konflikt ist von intensiver Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Allein im Jahr 2010 starben in der Region mindestens 370 Menschen. Während der Ministerpräsident Vejjajiva Anfang 2010 noch eine Reduzierung der Truppen ab 2012 und ein Finanzpaket für den wirtschaftlichen Aufbau in Aussicht stellte, wurden bereits kurz nach der Ankündigung später 1.400 „defense volunteers“ der Regierung in die Region verlegt. Das ganze Jahr war gezeichnet von Anschlägen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, im Zuge derer zahlreiche Regierungsbeamt:innen und Sicherheitskräfte sowie militante Mitglieder verschiedener Gruppen ums Leben kamen. Im Oktober 2010 wurde zum 21. Mal der Ausnahmezustand verlängert. Neben den

terroristischen Anschlägen in dieser Region kam es im Februar 2012 auch in Bangkok zu Explosionen von kleineren Sprengkörpern.

Die andauernden Unruhen in Myanmar schwappen auch von Zeit zu Zeit auf thailändisches Territorium über. So kommt es immer wieder zu Gefechten zwischen thailändischen und myanmarischen Einheiten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Thailand ist eines der wirtschaftlich und politisch bedeutendsten Länder Südostasiens und auch ein wichtiger Handelspartner der EU. Geostrategisch interessant ist die Lage nahe der Straße von Malacca, durch welche ein Großteil des Schifffrachtverkehrs zwischen Asien und Europa passiert sowie die Lage im sogenannten „Goldenen Dreieck“, aus dem traditionell ein großer Teil des weltweit konsumierten Opiums und Heroins kommt.

Politische Situation in der Region

Trotz mehrerer bilateraler ungelöster Grenzfragen zwischen den Staaten in der Region gibt es keine größeren zwischenstaatlichen Konflikte. Die Ausnahme bieten die Spratly- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, wobei Thailand bisher nicht an diesem Konflikt beteiligt gewesen ist. Jedoch geraten diese umstrittenen Inselgruppen zunehmend in die Aufmerksamkeit der thailändischen Marine.

Die größten Instabilitätsfaktoren sind eher subnationaler bzw. transnationaler Natur: Separatistische Bewegungen, internationale Kriminalität, Piraterie, soziale Ungleichheit, Menschenhandel. Oft sind auch die nationalen Sicherheitskräfte eher als destabilisierender Faktor anzusehen, so die Militärjunta in Myanmar oder das indonesische Militär. Besonders der innermyanmarische Konflikt ist auch für Thailand von Bedeutung, da die Kämpfe oft über die Grenze schwappen und Thailand eine große Anzahl an myanmarischen Geflüchteten beherbergt, die bei einer Verschärfung des Konfliktes rapide ansteigen könnte. Thailand verfügt auch, trotz sporadischer Grenzgefechte, über intensive Kontakte zu Myanmar. Teilweise sind diese illegal, zum Beispiel im Rahmen des Drogenschmuggels. Teile des thailändischen Militärs bemühen sich auch um eine Intensivierung der „Militärdiplomatie“ – um einen engeren Austausch zwischen dem myanmarischen und dem thailändischen Militär.

Die Lage in Kambodscha hat sich im Vergleich zu den 1970er bis zu den frühen 1990er Jahren wesentlich beruhigt, wodurch sich auch die Lage im Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand entspannt hat. Die autoritäre Regierung Hun Sens in Phnom Penh ist jedoch nicht unumstritten und obwohl er mehrere politische Gegner:innen aus dem Weg geräumt hat, besteht weiterhin die Gefahr eines Machtkampfes. Dieser würde auch eventuell direkte Auswirkungen auf Thailand haben, welches schon im kambodschanischen Bürgerkrieg eine beträchtliche Zahl kambodschanischer Geflüchteter beherbergte. Anfang 2003 kam es zu massiven anti-thailändischen Protesten in Kambodscha sowie zur Schließung der Grenze auf kambodschanischer Seite, nachdem angeblich eine thailändische Schauspielerin in einem Interview den Tempelkomplex von Angkor Wat für Thailand gefordert hatte. Die Beziehungen Thailands zu seinen beiden anderen Nachbarn Laos und Malaysia gelten als gut.

Eine der großen zukünftigen regionalen sicherheitspolitischen Fragen ist die Rolle Chinas. Die VR China hat in den beiden letzten Jahrzehnten ihre militärische Schlagkraft erheblich verbessert, besonders was die offensiven Kapazitäten der Marine und Luftwaffe angeht. Das Hauptaugenmerk der VR China ist die Taiwan-Frage, jedoch ist das Land auch in der weiteren Region dabei, seine Vormachtstellung politisch, diplomatisch aber auch militärisch Stück für Stück auszubauen. Besonders sichtbar ist dies im Konflikt um die Spratly- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, welche von der VR China, Vietnam, Taiwan, Brunei, den Philippinen und Malaysia (Spratly-Inseln) bzw. der VR China, Vietnam und Taiwan (Paracel-Inseln) beansprucht werden. Im November 2002 haben zwar alle Parteien eine „Erklärung über das Verhalten der Betroffenen im Südchinesischen Meer“ unterzeichnet (*Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea*). Jedoch lässt diese Deklaration einen rechtlich verbindlichen „code of conduct“, der zu einer Entspannung der Situation beigetragen hätte, vermissen. Im Rahmen dieser Regelung wurden Malaysia die Rechte über die Inseln Ligatan und Sipadan zugeteilt. Der Grenzverlauf im Celebes-See wurde allerdings bisher noch nicht geregelt, was zum Streit der anliegenden Mächte über die Aufteilung der Bohrkonzessionen für das Erdölvorkommen Ambalat im März 2005 führte. Zuletzt spitzte sich der Konflikt um die rohstoffreichen Spratly-Inseln zwischen China und Vietnam erheblich zu. Neben Öl- und Gasvorkommen ist die maritime Region auch aufgrund ausgedehnter Fischgründe sowie einer der bedeutendsten Schifffahrtsrouten der Welt von Bedeutung.

Ein Krieg um die Inseln erscheint weiter unwahrscheinlich. Bewaffnete Zwischenfälle zwischen beiden Ländern und anderen Staaten wegen der ungeklärten Territorialfrage erscheinen aber, auch angesichts der zahlreichen Rüstungsgeschäfte in den vergangenen Jahren, wahrscheinlicher denn je. Dennoch haben sowohl Thailand als auch andere Staaten der Region China militärisch nichts entgegenzusetzen.

Grenzkonflikte

Grenzziehungen zu Myanmar, Kambodscha und Laos sind nicht endgültig. Mit Myanmar kommt es von Zeit zu Zeit zu Grenzgefechten, auch schwappen die inneren Konflikte Myanmars (z. B. die Kämpfe der Shan oder Karen gegen die Militärjunta) hin und wieder über die Grenze auf die thailändische Seite über. Die Fluchtsituation an der myanmarisch-thailändischen Grenze ist im Jahr 2010 weiter eskaliert. Im Mai 2010 kam es zu einem militärischen Zwischenfall an der Grenze als ein myanmarischer Soldat einen thailändischen Soldat erschoss. Thailand reagierte mit einer erheblichen Truppenaufstockung entlang der Grenze.

Die Lage im Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand hat sich nach dem Ende des kambodschanischen Bürgerkrieges und der Selbstaflösung der Khmer Rouge erheblich verbessert. Im Herbst 2008 sowie im Frühjahr 2011 verschärften sich die Konflikte an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha um den Vihear Preah Tempel, nachdem die UNESCO die Region zum Weltkulturerbe erklärt hatte. Hier kam es seit 2008 wiederholt zu Schusswechseln zwischen dem thailändischen und kambodschanischen Militär. Zwar hat sich der Konflikt seit einem Urteil durch den Internationalen Gerichtshof vom 11. November 2013, welches beide Seiten akzeptierten, etwas entspannt; doch sind die darin enthaltenen Bestimmungen noch nicht umgesetzt, der Konflikt nicht gelöst.

Die Grenzregion zwischen Thailand und Malaysia wird von beiden Seiten als Problemzone wegen der dort aktiven islamistischen Bewegungen angesehen. Nach dem 11.

September 2001 ist der Druck auf diese Bewegungen gewachsen, insbesondere seitdem die USA Südostasien als ein „Schwerpunktgebiet“ ihres weltweiten „Kampfes gegen den Terror“ ausgemacht haben. Immer wieder kommt es auf beiden Seiten zu Grenzverletzungen und vereinzelt gewaltsamen Zwischenfällen, die auch Todesopfer fordern. Nach einer erneuten Eskalation im Frühjahr 2011, bei der auf beiden Seiten Soldat:innen ums Leben kamen, scheint vorerst eine Einigung zwischen beiden Staaten gefunden worden zu sein. Thaiändische Politiker:innen hatten Malaysia beizeiten vorgeworfen, das bestimmte malaysische Parteien von der Situation in Thailands Süden profitierten. Nachdem Malaysia jedoch unterstützend in Friedensgesprächen mitgewirkt hat, hat sich die Situation entspannt.

Regionale Rüstungskontrolle

Lange gab es keine gemeinsamen Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle in Südostasien. Jedoch sehen sich die ASEAN-Staaten zunehmend mit Sicherheitsbedrohungen konfrontiert, die nur gemeinsam bewältigt werden können oder eine gemeinsame Position gegenüber Drittstaaten mit strategischen Interessen in der Region erfordern (wie etwa der Disput um das Südchinesische Meer). Dazu finden seit 1994 regelmäßige ASEAN Regionalforen statt, bei denen neben den ASEAN-Staaten weitere Teilnehmer am Tisch sitzen. Ziel ist es, die legitime Rolle der Großmächte in der Region anzuerkennen und gleichzeitig den mittleren und kleineren Nationen die Möglichkeit zu geben, bei Diskussionen über Fragen der eigenen Sicherheit Gehör zu finden. Zudem wurde im Jahr 1997 durch die ASEAN-Staaten eine kernwaffenfreie Zone im Vertrag von Bangkok begründet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die USA haben in Thailand selber relativ wenige Truppen permanent stationiert, es gibt aber die jährlichen *Cobra Gold*-Manöver, an denen zum Beispiel im Mai 2008 ca. 6.000, 2011 sogar 7.200 US-amerikanische Militärs teilnahmen. Hinzu kamen ebenfalls 158 Soldat:innen aus Singapur, 81 indonesische Soldat:innen sowie 67 japanische Militär-angehörige. Im Gegensatz zu vorherigen Übungen wurde im Jahr 2008 insbesondere der Einsatz in Friedensmissionen trainiert. In der südostasiatischen Region sind die USA seit dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898, als die USA die Philippinen übernahmen, militärisch präsent gewesen. Den Höhepunkt erreichte diese Präsenz während des Vietnam-Krieges, als Thailand einer der Hauptstationierungsorte für die US-Luftwaffe, aber auch zu einem der sogenannten „rest-and-recreation“-Zentren der Amerikaner:innen wurde und für das Aufblühen des Sextourismus sorgte. Mit dem Ende des Vietnam-Krieges und später auch des Kalten Krieges nahm die US-Präsenz stetig ab. 1991 zogen die US-Streitkräfte von den Philippinen ab, 1999 wurden die US-Militärberater:innen aus Indonesien wegen der Massaker in Ost-Timor abgezogen.

Mit dem verstärkten Fokus der USA auf den Anti-Terror-Kampf besonders in der Region Südostasien hat sich jedoch dieser Trend umgekehrt. US-Truppen sind auf den Philippinen im Einsatz, die Militärübungen in den Staaten der Region werden umfangreicher und (teilweise) auf den Anti-Terror-Kampf getrimmt. Man kann davon ausgehen, dass die

US-Sicherheitskräfte auch verdeckt aktiv in der Region tätig sind. Andere mit Deutschland alliierte Staaten unterhalten keine größeren Einheiten in der Region. Lediglich die britische Armee unterhält ein Bataillon in Brunei (2.000 Soldat:innen) und britische Streitkräfte sind relativ oft an Manövern in der Region beteiligt. Die Zuwendung der USA zu der asiatisch-pazifischen Region führt möglicherweise zu einer weiteren Steigerung der US-Präsenz. Das US Pacific Command hat in Thailand derzeit eine Personalstärke von 300, aber das Nutzungsrecht des Flughafens U-Tapao durch US-amerikanische Truppenkontingente ist nach wie vor nicht gewährleistet.

Gefahr von Technologiepiraterie

Südostasien ist generell bekannt für Marken- und Technologiepiraterie, und hier macht Thailand keine Ausnahme. Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Thailand 66 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zum vorherigen Erhebungsjahr erneut gesunken (2015: 69 Prozent, 2013: 71 Prozent). Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 714 Millionen US-Dollar (2015: 738 Mio. USD). Trotz zahlreicher Bekundungen ist der Kampf gegen die Markenpiraterie nicht allzu erfolgreich durchgeführt worden. Die Piraterie ist jedoch eher auf Luxusartikel und die Unterhaltungsindustrie konzentriert als auf Waffensysteme.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Nach dem 11. September sind mehrere Länder Südostasiens unter Druck geraten, energischer gegen mutmaßliche Terrorist:innen vorzugehen. Auch auf Thailand wurde diesbezüglich politischer Druck ausgeübt. Als Folge dieser Forderungen haben zehn ASEAN-Staaten, unter anderem Thailand, im August 2002 einen Anti-Terror-Pakt mit den USA beschlossen, um ein Kooperationsnetzwerk im Kampf gegen den Terror zu bilden.

Im Gegensatz zu Indonesien, Malaysia und den Philippinen ist Thailand nicht in den Verdacht gekommen, selber als Basis für terroristische Organisationen zu dienen. Allerdings sollen laut Medienberichten mutmaßliche al-Qaida-Mitglieder von den US-amerikanischen Sicherheitsbehörden in Thailand verhört worden sein, um so legal folterähnliche Methoden anwenden zu können. Das Land hat einen gewissen Ruf als einfaches Einreiseland und als eines der größten Umschlagsplätze für Kleinwaffen in der Region. Dieser Umstand ist in der Vergangenheit von mehreren bewaffneten Organisationen, die international als terroristisch gelten, ausgenutzt worden.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Ebenso wie die oben genannten bewaffneten Gruppen haben auch internationale kriminelle Organisationen die relativ einfache Verfügbarkeit von Waffen, die einfache Einreise und die Korruptierbarkeit seitens der Sicherheitskräfte zu ihren Gunsten genutzt. Durch die Lage im „Goldenen Dreieck“ und durch die große Anzahl an Reisenden aus Europa und Nordamerika ist Thailand auch für den internationalen Drogenhandel interessant. Laut Presseberichten sollen auch Angehörige der Sicherheitskräfte am Drogenschmuggel und anderen kriminellen Aktivitäten transnationaler Natur beteiligt sein.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Thailand hat als erstes Land Südostasiens das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. Interessanterweise hat das Land die Völkermord-Konvention von 1948 nicht unterzeichnet.

UN-Berichterstattung

Thailand übermittelt nur sehr bedingt Daten über Rüstungsimporte und -exporte an die UN. Letztmalig hat es dem Waffenregister der UN gegenüber im Jahr 2011 Bericht erstattet, zwischen 1993 und 2004 dagegen jährlich. Seither stehen Informationen über Importe nur durch Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Die Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen bleibt ungewiss, hier hat das Land letztmalig 2009 Bericht erstattet. Angaben zu Militärausgaben wurden zuletzt im Jahr 2011 mit Hilfe des vereinfachten Formulars übermittelt, seitdem jedoch nicht mehr.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die größte Gefahr hinsichtlich der unerlaubten Wiederausfuhr liegt im Bereich der Kleinwaffen, da Thailand einer der Hauptumschlagplätze in der Region ist und in der Vergangenheit auch einzelne Mitglieder der Sicherheitskräfte an diesen Aktivitäten beteiligt gewesen sind. Bei aufgedeckten Fällen sind ausländische Waffen bzw. solche, die unter Lizenz in Thailand hergestellt worden sind, beschlagnahmt worden.

Medienberichten und unabhängigen Untersuchungen zufolge sollen Mitglieder des thailändischen Militärs zudem am myanmarischen Opiumgeschäft sowie am Schmuggel von Tropenholz und Kulturgütern aus Kambodscha und Myanmar beteiligt sein. Waffenschmuggel in die naheliegenden Konfliktgebiete, aber auch die Verbreitung von Waffen in der thailändischen Unterwelt sind ein ernstes Problem. Dies geschieht in dem Maße, dass Thailand als einer der Hauptumschlagplätze für Kleinwaffen in Südostasien gilt, zum Beispiel für die chinesische separatistische Bewegung GAM oder die LTTE („Tamil Tigers“) aus Sri Lanka. Oft sind thailändische Militärs an diesen Geschäften beteiligt gewesen. Laut

Medienberichten sollen sich in der Vergangenheit führende thailändische Militärs auch bei der Beschaffung von Waffensystemen aus dem Ausland selbst bereichert haben. Zudem floriert der Waffenhandel mit Indonesien. Insbesondere in der indonesischen Provinz Aceh tauchen immer wieder Waffen auf, die aus Malaysia oder Thailand über die Grenze ins Land gelangt sind. Im Jahr 2001 beschlossen Thailand und Indonesien daher in einem Abkommen, in Zukunft stärker zusammen zu arbeiten, um den Waffenhandel in Aceh einzudämmen. Mittlerweile gilt Malaysia als Transitland, um Waffen aus anderen südostasiatischen Ländern nach Indonesien zu schmuggeln.

Thailand stellt außerdem einen der wichtigsten Umschlagpunkte der Region für Waffenschmuggel nach Kambodscha dar. Berichten zufolge gelangten rund 80 Prozent der illegal in Kambodscha befindlichen Waffen über Thailand ins Land. Konkrete Zahlen über die Waffenlieferungen gibt es jedoch nicht. Die anhaltende Korruption erschwert den Kampf gegen den Waffenhandel, der meist an der unübersichtlichen Grenze zwischen Thailand und Kambodscha geschieht. Immer wieder kommt es daher an Thailands Grenzen zu Verhaftungen, bei denen meist illegale Waffen konfisziert werden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

By 2017, the economy was increasingly stagnant, having initially shrunk following the 2014 coup, with GDP declining and lower than expected levels of tourism. The recent decline in economic growth is partly a result of the slowing global economy, an unexpected drop in Chinese tourism, a reduction in the government's ability to manage the economy and a fallout from the current U.S.-China trade war. Having previously condemned the populist policies of deposed Prime Minister Yingluck Shinawatra as unsustainable and corrupt, by 2017, junta leaders had moved to adopt many aspects of these same policies. At the same time, in 2017, Yingluck was convicted in absentia for dereliction of duty related to her government's populist rice-pledging policy.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

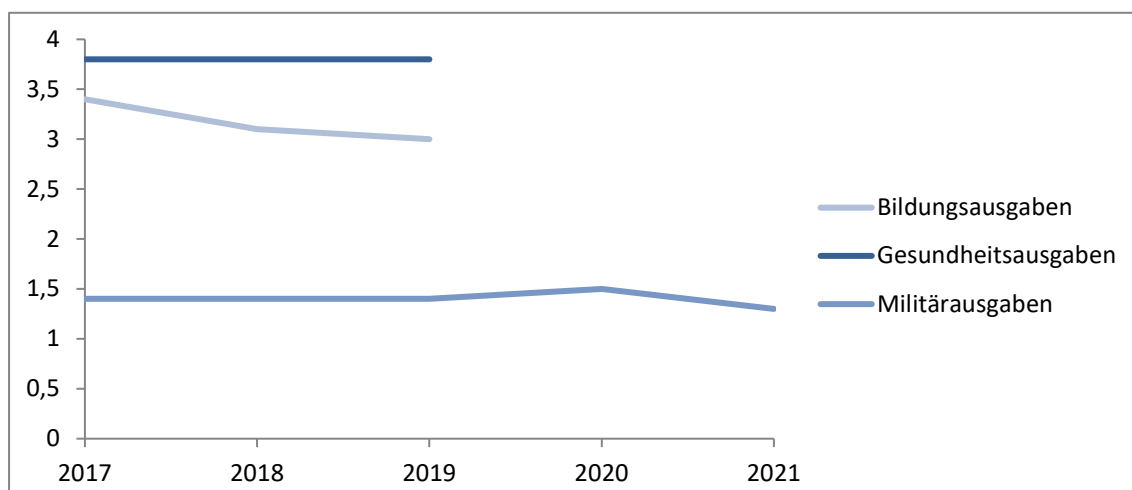
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	6942	7090	7234	7269	6654
Militärausgaben/BIP	1,4	1,4	1,4	1,5	1,3
Gesundheitsausgaben/BIP	3,8	3,8	3,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,4	3,1	3	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	139220	161647	172494	179773	204147
Anteil am BIP (in Prozent)	33,7	35,4	34,1	33	40,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	171,9	197,88	-469,05	-388,23	-
Net ODA (% of GNI)*	0,04	0,04	-0,1	-0,07	-
Deutsche ODA Zahlungen*	-22,16	10,29	-2,06	29,46	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	205,4	195,5	193,9	191,9	198,1
Index-Platzierung	52	59	58	62	60

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Kambodscha	Militarisierungswert	257,5	262,7	266,4	265,7	233,8
	Index-Platzierung	29	24	21	25	40
Laos	Militarisierungswert	158,2	-	-	-	-
	Index-Platzierung	88	-	-	-	-
Malaysia	Militarisierungswert	178,8	164,6	158,7	153	158,4
	Index-Platzierung	67	83	86	91	92

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Kambodscha	Militärausgaben (absolut)	489	565	610	647	628
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,2	2,2	2,4	2,3
Laos	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3608	3292	3180	3375	3682
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,0	0,9	1,0	1,1

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.749	0.756	0.765	0.772	0.777

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Das Land hat in den letzten 40 Jahren eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung hingelegt und konnte 2011 somit in die Gruppe der „upper-middle income countries“ aufsteigen. Die Armutsrate konnte gesenkt, Lebenserwartung und Bildungsquoten gesteigert werden – außerdem führte das Land eine universelle Gesundheitsversorgung ein.

Während sich die absoluten Militärausgaben in den letzten 10 Jahren konstant erhöhten, blieben die Militärausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 2009 und 2019 relativ konstant. Zahlreiche Rüstungsbeschaffungen sowie die strategischen Investitionen in die Rüstungsindustrie werden auf lange Sicht begrenzte finanzielle Ressourcen bündeln. Lag Thailand 2010 im Globalen Militarisierungsindex (GMI) des Bonner Friedens- und Konfliktforschungsinstituts BICC bereits auf Platz 64, so rangiert es im Jahr 2020 auf Rang 60.

In Thailand ist nur begrenzt die Gefahr gegeben, dass die Militärausgaben und Rüstungsimporte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen.